Kreis
Bergstraße

Niederschrift

17-006. Sitzung des Ausschusses des Kreistages Bergstraße für Schule und Soziales

am Mittwoch, 23.11.2011, 17:05 Uhr bis 18:30 Uhr,
im Sitzungssaal "Bergstraße" (Raum 3019) des Landratsamtes in Heppenheim, Graben 15

Tagesordnung

Punkt 1	Berichtsantrag der SPD-Fraktion vom 27. September 2011 zum Thema "Inklusion" und Beantwortung der Fragen des Berichtsantrags Vorlagen: 17-0247 und 17-0247/1
Punkt 2	Erlass der Haushaltssatzung des Kreises Bergstraße für das Haushaltsjahr 2012, Beschlussfassung über das Investitionsprogramm 2012-2015 und Beschlussfassung über die Fortschreibung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes bis 2015 - Beschlussempfehlung betreffend Teilhaushalte 2 und 3 Vorlage: 17-0255/1
Punkt 3	Bürgerumfrage 2011 "Zukunft durch Bildung - Deutschland will's wissen" Vorlage: 17-0287
Punkt 4	Verschiedenes, Anfragen und Mitteilungen
Punkt 4.1	Verschiedenes, Anfragen und Mitteilungen; hier: Strategiepapier zum Bildungs- und Teilhabepaket; hier: Soziale Arbeit an Schulen - Entwicklungen in der Eingliederungshilfe (Erledigung der Aufgaben aus der 17-003. Sitzung des HFPA am 23. September 2011) Vorlage: 17-0321
Punkt 4.2	Verschiedenes, Anfragen und Mitteilungen; hier: Zukunft der Rodensteinschule Bensheim
Punkt 4.3	Verschiedenes, Anfragen und Mitteilungen; hier: Sitzung des Ausschusses am 7. Dezember 2011
Punkt 4.4	Verschiedenes, Anfragen und Mitteilungen; hier: Anfrage von Abgeordneter Chaluppa betreffend Aufwendungen für Kosten der Unterkunft

Anwesende:

Ausschussvorsitzender:

Reinhardt, Randoald	CDU	

Ausschussmitglieder:

Dexler, Kerstin	CDU	
Fera, Pia	CDU	
Heitland, Birgit	CDU	
Reinhardt, Randoald	CDU	(siehe auch Ausschussvorsitzender)
Schneider, Otto	SPD	
Rothmüller, Josef	SPD	
Thoma, Philipp	SPD	in Vertretung für Matthias Baaß
Fraas, Sabine	GRÜNE	
Sutholt, Rosemarie	GRÜNE	in Vertretung für Evelyn Berg
Öhlenschläger, Walter	FREIE WÄHLER	
Ohl, Gottlieb	FDP	

Fraktionsvertreter mit beratender Stimme (§ 62 Abs. 4 HGO i.V. mit § 33 HKO):

Bitsch, Peter	REP	
Chaluppa, Barbara	DIE LINKE	

Fraktionsvorsitzender:

Schneider, Gottfried	CDU	

Kreisausschuss:

Wilkes, Matthias	CDU	Landrat
Metz, Thomas	CDU	Erster Kreisbeigeordneter
Schimpf, Matthias	GRÜNE	Kreisbeigeordneter
Thaidigsmann, Petra	SPD	Kreisbeigeordnete

Verwaltung:

Goliasch, Gerhard	Finanz- und Rechnungswesen
Medert, Martin	Finanz- und Rechnungswesen
Zubrod, Andreas	Finanz- und Rechnungswesen
Blume, Claudia	Schulabteilung
Niederhöfer, Frank	Schulabteilung
Hoch, Iris	Kreisvolkshochschule (bis zeitweise TOP 2)
Heiligenthal, Ernst	Kreisvolkshochschule (bis zeitweise TOP 2)
Schneider-Jaksch, Ute	Jugendamt (bis TOP 2)
Mews, Norbert	Jugendamt (bis TOP 2)
Michel, Christina	Controlling (bis TOP 2)
Vinzenz, Werner	Eigenbetrieb Gebäudewirtschaft (bis zeitweise TOP 2)
Koob, Michael	Eigenbetrieb Gebäudewirtschaft (bis zeitweise TOP 2)
Schwarzer, Katharina	Auszubildende

Schriftführerin:

Schüßler, Helene	Kreistagsbüro und Büro des Kreisausschusses

Ausschussvorsitzender Reinhardt eröffnete um 17:05 Uhr die 17-006. Sitzung des Ausschusses für Schule und Soziales, begrüßte die Erschienenen und stellte die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Einwendungen gegen Ladung und Tagesordnung wurden nicht erhoben.

Sodann wurde in die Beratung der Tagesordnung eingetreten.

Tagesordnung

Punkt 1: **Berichtsantrag der SPD-Fraktion vom 27. September 2011 zum Thema "Inklusion" und Beantwortung der Fragen des Berichtsantrags**
Vorlagen: 17-0247 und 17-0247/1

Der Ausschuss für Schule und Soziales hat von der Vorlage 17-0247/1 mit der Beantwortung der Fragen des Berichtsantrags Kenntnis genommen.

Abgeordneter Thoma sah als Problem für die Umsetzung des Anspruchs auf inklusive Beschulung den im Schulgesetz vorgesehenen Finanzierungsvorbehalt. Er lobte die Einrichtung einer Arbeitsgruppe "Inklusion" auf Kreisebene und fragte nach der Positionierung und den Steuerungsmöglichkeiten des Kreises in diesem Bereich.

Landrat Wilkes nannte es aufgrund der Trennung zwischen äußerer und innerer Schulverwaltung schwierig für den Kreis, in diesem Bereich initiativ zu werden. Als Schulträger achte der Kreis bei Schulbauvorhaben auf die Schaffung der baulichen Voraussetzungen für inklusive Beschulung und fördere den Ausbau von Ganztagsangeboten, die gerade für Kinder mit Förderbedarfen notwendig seien. Er betonte die Wichtigkeit der Schulsozialarbeit und verwies auf die erhebliche Steigerung bei den hierfür vom Kreis in den letzten Jahren zur Verfügung gestellten Mitteln und die positiven Ergebnisse des Pilotprojektes des "Heppenheimer Modells". Bedauerlicherweise sei eine generelle Drittelfinanzierung der Schulsozialarbeit durch das für das Personal für Bildung und Erziehung zuständige Land bislang nicht erreicht worden, denn auf Dauer könne die kommunale Ebene diese Aufgabe alleine nicht stemmen.

Punkt 2: **Erlass der Haushaltssatzung des Kreises Bergstraße für das Haushaltsjahr 2012, Beschlussfassung über das Investitionsprogramm 2012-2015 und Beschlussfassung über die Fortschreibung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes bis 2015**
- Beschlussempfehlung betreffend Teilhaushalte 2 und 3
Vorlage: 17-0255/1

Zur Beratung lagen folgende Unterlagen vor:

- Entwurf der Haushaltssatzung und des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2012 mit Finanzplanung und Investitionsprogramm 2012 - 2015, Stand: Feststellung des Kreisausschusses am 31.10.2011

- Entwurf des Haushaltskonsolidierungskonzeptes für den Finanzplanungszeitraum 2012- 2015, Stand 04.10.2011
- Entwurf des Wirtschaftsplanes 2012 des Eigenbetriebs Gebäudewirtschaft Stand 06.10.2011 (bei Produkt 2085 - Schulverwaltung, Position 15 wird auf den Wirtschaftsplan Bezug genommen)

a) Der Ausschuss befasste sich zunächst mit Teilhaushalt 02 - Schule und Kultur:

Kreisbeigeordneter Schimpf als Finanzdezernent informierte über eine wesentliche Änderung im Teilhaushalt 02, die sich nach dem 7. November 2011 ergeben hat. Der Ansatz bei Position 15 im Produkt 2085 - Schulverwaltung - wird um 2 Mio. € erhöht, um den Zuschuss aus dem Kreishaushalt dem im Entwurf des Wirtschaftsplanes 2012 des Eigenbetriebs Gebäudewirtschaft veranschlagten Bedarf anzupassen. Die zusätzlich eingestellten Mittel werden mit einem vom Kreisausschuss aufzuhebenden Sperrvermerk versehen und dürfen nur für unvorhergesehene und unabweisbare Instandsetzungsmaßnahmen eingesetzt werden.

Landrat Wilkes wies ergänzend auf die einstimmige Beschlussempfehlung der Betriebskommission Gebäudewirtschaft zum Entwurf des Wirtschaftsplanes 2012 hin.

Die Frage von Abgeordneten Gottfried Schneider nach einer Erhöhung der Schulumlage durch den erhöhten Zuschussansatz verneinte Landrat Wilkes.

Im Ausschuss gab es keine Änderungsanträge und -vorschläge zum Teilhaushalt 02.

b) Anschließend beriet der Ausschuss über den Teilhaushalt 03 - Soziales und Jugend:

Kreisbeigeordneter Schimpf erläuterte die Erhöhung der Transferaufwendungen im Produkt 3070 - Leistungen nach SGB II - für die Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepakets. Die hierfür veranschlagten Mehraufwendungen werden durch geringere Zinsaufwendungen kompensiert.

Auch zum Teilhaushalt 03 gab es keine Änderungsanträge und -vorschläge.

Abgeordneter Rothmüller kündigte für die SPD-Fraktion an, dass sie dem Haushalt 2012 nicht zustimmen werde und in Konsequenz dessen die Ausschussmitglieder der SPD-Fraktion auch den heute zur Abstimmung stehenden Entwürfen der Teilhaushalte 02 und 03 nicht zustimmen würden. Die Ablehnung begründete er mit einem nicht erkennbaren Sparwillen und Umsteuern der Mehrheitskoalition, finanziellen Unwägbarkeiten im Haushalt 2012 unter anderem bezüglich des Draisinenprojekts und zahlreichen Kostensteigerungen bei Schulbaumaßnahmen. Die SPD-Fraktion halte den Haushalt 2012 insgesamt für unsolide.

Abgeordnete Heitland lobte dagegen den vorgelegten Haushaltsentwurf 2012 als gut aufgestellt und verwies bezüglich des Haushaltsdefizits auf die strukturellen Finanzprobleme der kommunalen Ebene. Bezüglich der heute beratenen Teilhaushalte hob sie die hervorragende Arbeit des Jugendamtes und die gute Ausstattung der Schulen des Kreises hervor.

Kreisbeigeordneter Schimpf nannte die Haltung der SPD-Fraktion nicht nachvollziehbar, einerseits für die Erhebung einer Grundrechtsklage des Kreises wegen unzureichender Finanzausstattung der hessischen Kreise zu plädieren, wenn andererseits nach ihrer Ansicht der Kreishaushalt besser aufgestellt sein könnte. Mit der angekündigten Ablehnung des Teilhaushaltes 02 stimme die SPD-Fraktion gegen Investitionen im Schulbereich, so dass sich die Frage stelle, ob Schulbaumaßnahmen verschoben werden sollten, um das Haushaltsdefizit zu verringern. Zur Ablehnung des von Pflichtleistungen geprägten Teilhaushaltes 03 wies er auf die in diesem Bereich kaum vorhandenen Dispositionsmöglichkeiten hin.

Abgeordneter Thoma betonte, die SPD-Fraktion befürworte die Modernisierung und Sanierung von Schulen und könne nur bei einzelnen Punkten nicht zustimmen.

Landrat Wilkes warb für eine einvernehmliche Abstimmung im Ausschuss über die Teilhaushalte 02 und 03, um für den Schulbereich ein einheitliches positives Signal abzugeben; beim Teilhaushalt 03 werde die strukturelle "Schieflage" der Kreisfinanzen besonders deutlich aufgezeigt, aufgrund derer eine kommunale Grundrechtsklage erhoben werden solle.

Abgeordneter Öhlenschläger kündigte seine Stimmenthaltung bei der heutigen Abstimmung über die Entwürfe der Teilhaushalte 02 und 03 an mit Hinweis auf den kurzfristig versandten Entwurf des Wirtschaftsplanes 2012 des Eigenbetriebs Gebäudewirtschaft, so dass die darin enthaltenen Mehraufwendungen nicht bis zur Sitzung hätten geprüft werden können.

Auch Abgeordneter Ohl erklärte, sich bei der heutigen Abstimmung der Stimme enthalten zu wollen, da es in der FDP-Fraktion noch Abstimmungsbedarf zum Haushalt gebe. Dem Entwurf der Teilhaushalts 02 könne er so nicht zustimmen, mit dem Entwurf des Teilhaushaltes 03 sei er einverstanden.

Die Sitzung wurde auf Wunsch der Ausschussmitglieder der SPD-Fraktion für interne Beratungen von 18:00 Uhr bis 18:07 Uhr unterbrochen.

Abgeordneter Otto Schneider teilte nach Wiedereintritt in die Sitzung mit, die SPD-Fraktion sei mit den Entwürfen der Teilhaushalte 02 und 03 einverstanden, wolle aber im Kreistag den Gesamthaushalt 2012 ablehnen. Die Ausschussmitglieder der SPD-Fraktion würden sich deshalb bei der heutigen Abstimmung über die Entwürfe der Teilhaushalte 02 und 03 der Stimme enthalten, auch wegen der erfolgten Änderungen bezüglich des Wirtschaftsplanes 2012 des Eigenbetriebs Gebäudewirtschaft. Der Kreishaushalt sei strukturell unterfinanziert, es gebe aber auch "hausgemachte" Schulden, z.B. durch die Kostensteigerungen bei den Baumaßnahmen am Starkenburggymnasium.

Kreisbeigeordneter Schimpf sah es als positiv, dass die Ausschussmitglieder der SPD-Fraktion nicht bei ihrer Ablehnung der Entwürfe der Teilhaushalte 02 und 03 verblieben.

Der Ausschuss für Schule und Soziales fasste folgenden

Beschluss:

Der Ausschuss für Schule und Soziales stimmt den vom Kreisausschuss am 31. Oktober 2011 festgestellten Entwürfen der in seine Zuständigkeit fallenden Teilergebnis- und Teilfinanzhaushalte 02 und 03 unter Berücksichtigung der heute vorgetragenen Änderungen

und Ergänzungen zu und empfiehlt dem Kreistag, hierüber im Rahmen des Gesamtergebnis- und Gesamtfinanzhaushaltes zu beschließen und die Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2012 zu erlassen.

Ferner empfiehlt er dem Kreistag, das Investitionsprogramm 2012-2015 und das bis 2015 fortgeschriebene Haushaltskonsolidierungskonzept zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

6 Jastimmen, 5 Stimmenthaltungen.

Punkt 3: **Bürgerumfrage 2011 "Zukunft durch Bildung - Deutschland will's wissen"**
Vorlage: 17-0287

Der Ausschuss für Schule und Soziales hat von der Vorlage 17-0287 Kenntnis genommen.

Landrat Wilkes wies ergänzend darauf hin, dass das Ergebnis der Bildungsstudie auch Thema im Schul- und Kulturausschuss des Hessischen Landkreistages sei.

Punkt 4: **Verschiedenes, Anfragen und Mitteilungen**

Punkt 4.1: **Verschiedenes, Anfragen und Mitteilungen;**
hier: Strategiepapier zum Bildungs- und Teilhabepaket;
hier: Soziale Arbeit an Schulen - Entwicklungen in der Eingliederungshilfe
(Erledigung der Aufgaben aus der 17-003. Sitzung des HFPA am 23. September 2011)
Vorlage: 17-0321

Der Ausschuss für Schule und Soziales hat von der in der Sitzung verteilten Vorlage 17-0321 Kenntnis genommen.

Punkt 4.2: **Verschiedenes, Anfragen und Mitteilungen;**
hier: Zukunft der Rodensteinschule Bensheim

Auf Frage nach der Zukunft der Rodensteinschule teilte Landrat Wilkes mit, dass nach der Entwidmung der Schule die Stadt Bensheim ein Jahr Zeit zur Entscheidung habe, ob eine unentgeltliche Rückübertragung des Grundstückes erfolgen solle. Eine Entscheidung der Stadt sei bisher noch nicht getroffen.

Punkt 4.3: **Verschiedenes, Anfragen und Mitteilungen;**
hier: Sitzung des Ausschusses am 7. Dezember 2011

Vorsitzender Reinhardt kündigte eine weitere Sitzung des Ausschusses zum Thema "Sicherung und nachhaltige Entwicklung des Krankenhausstandorts Heppenheim und der stationären Versorgung im Kreis Bergstraße" am 7. Dezember 2011 um 18:00 Uhr an.

Erster Kreisbeigeordneter Metz teilte ergänzend mit, dass er die Fraktionsvorsitzenden und den Ausschussvorsitzenden für Freitag, 25. November 2011, um 11:00 Uhr nach der Sitzung des Haupt-, Finanz- und Personalausschusses eingeladen habe, um sie vorab über den Sachstand und die weitere Verfahrensweise in der Angelegenheit zu informieren.

Kreistagsabgeordneter Otto Schneider erinnerte an das von ihm in der letzten Sitzung erbetene Gutachten von Prof. Dr. Neubauer. Hierzu erklärte Erster Kreisbeigeordneter Metz, dass nur seinerzeit öffentlich zugängliche Gutachten den Fraktionen jetzt noch einmal öffentlich zugänglich gemacht werden könnten.

Punkt 4.4: **Verschiedenes, Anfragen und Mitteilungen;**
hier: Anfrage von Abgeordneter Chaluppa betreffend Aufwendungen für Kosten der Unterkunft

Abgeordnete Chaluppa fragte unter Bezugnahme auf die in der Kreistagssitzung am 7. November 2011 verteilte Beantwortung der Anfrage zum Thema "Kosten der Unterkunft" (Vorlage 17-0278/1), ob nicht die laut Haushaltskonsolidierungskonzept erwarteten Einsparungen bei den Aufwendungen für Kosten der Unterkunft (KdU) dafür eingesetzt werden könnten, SGB-II-Leistungsbeziehern und Bedarfsgemeinschaften, bei denen derzeit nicht die volle Miete übernommen werde, zukünftig höhere Kosten der Unterkunft anzuerkennen.

Erster Kreisbeigeordneter Metz erklärte hierzu, dass die erwarteten Wenigeraufwendungen für KdU vorrangig auf den Rückgang der Arbeitslosenzahl im Kreis zurückzuführen seien und der Kreis an diesen Einsparungen wegen des gestiegenen Kostenanteils des Bundes nur anteilig partizipiere. Der Kreis sei gesetzlich verpflichtet, für die Anerkennung von Unterkunftskosten deren Angemessenheit zu prüfen, wobei der Maßstab hierfür die ortsüblichen Mietpreise für einfache Wohnungen sei. Eine Anhebung der Miethöchstgrenzen für Bedarfsgemeinschaften könnte zudem ungewollt zu einer Erhöhung des Mietpreisspiegels im Kreis führen. Im Übrigen sei festzustellen, dass Bedarfsgemeinschaften in vielen Fällen lieber in zu groß und teuer gewordenen Wohnungen bleiben wollten und den die Miethöchstgrenze überschreitenden Betrag in "Eigenregie" finanzierten als in eine günstigere Wohnung umzuziehen.

Die Sitzung wurde um 18:30 Uhr durch Ausschussvorsitzenden Reinhardt geschlossen.

Unterzeichnung der Niederschrift:

Vorsitzender:	Schriftführerin:
gez. Reinhardt	gez. Schüßler